

## Inhaltsübersicht

§ 1. Einleitung und Problemstellung .....	1
Erster Teil: Öffentliche Gewalt und Wirtschaft im neuen Ordnungsrahmen.....	7
§ 2. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung als sich wandelnde Koordinaten privater Wirtschaftstätigkeit.....	7
§ 3. Die deutsche Verfassungsordnung angesichts der Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union .....	65
§ 4. Ordnungsprinzipien deutscher Wirtschaftsverwaltung unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts .....	121
Zweiter Teil: Gewaltenteilung und Prinzip der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung im Europäischen Binnenmarkt .....	157
§ 5. Mitgliedstaatliches Gewaltenteilungsprinzip und gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung .....	157
§ 6. Die Stellung der Verwaltung in der europäisch integrierten Bundesrepublik .....	191
§ 7. Mitgliedstaatliches Gesetzmäßigkeitsprinzip und gemeinschafts- rechtliches Rechtmäßigkeitsprinzip .....	235
Dritter Teil: Die Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung. .	281
§ 8. Wirtschaftsgestaltung in ausgewählten Sektoren.....	281
§ 9. Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland und Europa .....	363
§ 10. Zusammenfassung und Ausblick .....	415
Literaturverzeichnis.....	435
Stichwortverzeichnis .....	463

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
§ 1. Einleitung und Problemstellung .....	1

## Erster Teil

### Öffentliche Gewalt und Wirtschaft im neuen Ordnungsrahmen

§ 2. Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung als sich wandelnde Koordinaten privater Wirtschaftstätigkeit .....	7
1. Recht und Wirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland....	10
a) Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsordnung als normative Rahmenordnung privaten Wirtschaftens .....	10
b) Staatsziele als wirtschaftsverfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung der Wirtschaftsordnung .....	12
aa) Das Sozialstaatsprinzip .....	12
bb) Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht und Wachstumsvorsorge .....	15
cc) Freiheitssicherung .....	16
2. Das Verhältnis von Staat und Wirtschaft als Ausgleich sozialstaatlicher Verantwortung und individueller Freiheit. . .	19
a) Die Wirtschaftsfreiheit als Grundlage privatautonomen Wirtschaftens .....	19
b) Die Wirtschaftsfreiheit als grundrechtliches Schutz- und Ordnungsziel .....	21
c) Die staatliche Verantwortung für die Wirtschaft .....	24
3. Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes vor dem Hintergrund der gemeinschaftsrechtlichen Systemgarantie	28
a) Wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes und Systemgarantie des Gemeinschaftsrechts .....	28
aa) Die Rechtslage in Deutschland .....	28
bb) Die Systemgarantie des Gemeinschaftsrechts .....	29

(1) Ordnungsprinzipien der europäischen Wirtschaftsverfassung. ....	30
(2) Die Gemeinschaftsverfassung als Verfassung einer geordneten Wettbewerbswirtschaft. ....	33
(3) Systemgarantie und Funktionsgarantien im Gemeinschaftsrecht. ....	36
(4) Fazit. ....	39
b) Der Grundsatz der europäischen Marktfreiheit. ....	40
c) Die wirtschaftspolitische Neutralität des Grundgesetzes vor dem Hintergrund der gemeinschaftsrechtlichen Systemgarantie. ....	45
d) Zusammenfassung. ....	48
4. Die europäische Integration als Prozeß notwendiger Homo- genisierung mitgliedstaatlicher Wirtschaftsordnungen. ....	50
a) Die begrenzte Leistungsfähigkeit nationalstaatlicher Wirtschaftsordnungsmodelle: Integration als (welt-)wirt- schaftliche Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten. ....	50
b) Die Europäisierung als Prozeß der Neuordnung von Kompetenzen zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten. ....	54
c) Die europäische Integration als Prozeß der Homo- genisierung mitgliedstaatlicher Wirtschaftsordnungen durch Angleichung und Annäherung. ....	58
§ 3. Die deutsche Verfassungsordnung angesichts der Fortent- wicklung der Europäischen Gemeinschaften zur Europäischen Union. ....	65
1. Die Dynamisierung der EG in den achtziger und neunziger Jahren. ....	65
a) Das Europa der zwei Geschwindigkeiten. ....	66
aa) Die Süderweiterung der EG und ihre Auswirkungen auf das Gemeinschaftsrecht. ....	66
(1) Das soziale Gemeinschaftsziel. ....	68
(2) Der Zusammenhang zwischen dem sozialen Gemeinschaftsziel und der Verwirklichung von Wettbewerb. ....	69
(3) Fazit. ....	71
bb) Disparitäten zwischen den mitgliedstaatlichen Volkswirtschaften. ....	72
(1) Die Zunahme der Gemeinschaftsverantwortung. ....	73
(2) Die Problemregionen der Gemeinschaft. ....	75
(3) Die Dauerhaftigkeit der wirtschaftlichen und sozialen Zweiteilung Europas. ....	77

b) Die Expansion der EG-Kompetenzen als Folge divergierender mitgliedstaatlicher Wirtschafts- und Sozialstrukturen. . . . .	77
c) Das Verhältnis des Wettbewerbsprinzips zur gemeinschaftlichen Sozialverantwortung im EGV . . . . .	81
aa) Der Aspekt der Regionalpolitik . . . . .	81
bb) Die industriepolitische Zuständigkeit der Gemeinschaft . . . . .	83
d) Folgerungen für die Struktur der Europäischen Union . . . . .	85
 2. Rechtsmechanismen der Strukturangleichung zwischen dem Gemeinschaftsrecht und den mitgliedstaatlichen Rechtsordnungen . . . . .	 87
a) Rechtsharmonisierung durch Rechtsvereinheitlichung und Rechtsangleichung . . . . .	88
b) Unmittelbare Anwendbarkeit und Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts. . . . .	90
c) Gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung. . . . .	92
d) Gemeinschaftsrechtliche Grundsätze im staatlichen Verwaltungsverfahren . . . . .	93
e) Verzahnung bei der Gewährleistung von Rechtsschutz . . . . .	94
f) Resümée. . . . .	95
 3. Das europarechtlich überlagerte Grundgesetz: Modifikationen der deutschen Verfassungsordnung im Europäischen Binnenmarkt und durch den Vertrag von Maastricht. . . . .	 97
a) Die Legitimationsbasis der Gemeinschaftsgewalt. . . . .	97
b) Kompetenzverluste der Bundesrepublik im Bereich der Gesetzgebung . . . . .	102
aa) Gemeinschaftsrechtliche Kompetenzen als zweite „Konkurrenzebene“ für die Bundesländer . . . . .	102
bb) Die bundesstaatliche Ausrichtung der Kompetenzverteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten. . . . .	104
cc) Die begrenzten Auswirkungen des Subsidiaritätsprinzips. . . . .	105
c) Modifikationen des föderativen Systems durch die Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts. . . . .	109
d) Das Demokratieprinzip in Deutschland unter den Bedingungen der fortschreitenden Europäischen Integration . . . . .	112
e) Die Grundrechte des Grundgesetzes im Prozeß der Europäischen Integration . . . . .	114
aa) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	114

bb) Konfliktkonstellationen nach der Maastricht- Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. ....	116
4. Von der deutschen zur europäischen Wirtschaftsverfassung ..	118
§ 4. Ordnungsprinzipien deutscher Wirtschaftsverwaltung unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts .....	121
1. Der Prozeß wechselseitiger Beeinflussung von mitglied- staatlichem Recht und Gemeinschaftsrecht als Funktions- bedingung zukünftiger Wirtschaftsverwaltung in Europa. ..	121
2. Die Dichotomie von öffentlich-rechtlicher und privat- rechtsförmiger Wirtschaftsverwaltung in Deutschland und das öffentlich-rechtliche Wirtschaftsverwaltungsregime des Gemeinschaftsrechts. ....	124
a) Die rechtliche Ordnung der Wirtschaftsverwaltung in Deutschland. ....	124
aa) Organisationsformen der Wirtschaftsverwaltung in der Bundesrepublik. ....	126
bb) Handlungsformen deutscher Wirtschaftsverwaltung. ....	128
cc) Resümée. ....	130
b) Die Systematik der Wirtschaftsverwaltung im Gemeinschaftsrecht. ....	132
aa) Organisationsformen europäischer Wirtschaftsverwaltung. ..	132
bb) Handlungsformen europäischer Wirtschaftsverwaltung. ....	137
cc) Gemeinschaftsspezifische Bindungen organisatorischer und handlungsformenbezogener Gestaltungsfreiheit der Gemeinschaftsorgane. ....	140
(1) Europäische Privatrechtsordnung? .....	141
(2) Gemeinschaftsspezifische Grenzen für die Inanspruchnahme privatrechtlicher Organisations- und Handlungsformen. ....	144
(a) Keine „Flucht in das Privatrecht“ .....	145
(b) Aus dem Prinzip begrenzter Einzelermäch- tigung abzuleitende Grenzen. ....	146
(3) Wahlfreiheit europäischer Wirtschaftsverwaltung? ..	149
3. Die Ordnung der Wirtschaftsverwaltung in Deutschland unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts .....	150
a) Gemeinschaftsrechtliche Grenzen. ....	150
b) Folgerungen für den Grundsatz der Wahlfreiheit im deutschen Recht. ....	153
c) Ausblick. ....	155

Zweiter Teil

Gewaltenteilung und Prinzip der Gesetzmäßigkeit  
der Verwaltung im Europäischen Binnenmarkt

§ 5. Mitgliedstaatliches Gewaltenteilungsprinzip und gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung .....	157
1. Das Gewaltenteilungsprinzip als gemeineuropäisches Verfassungsprinzip .....	157
2. Die Offenheit des grundgesetzlich verfaßten Gewalten- teilungsprinzips für strukturelle Veränderungen und europarechtlich bedingte Modifikationen .....	162
a) Die Ausformung des Gewaltenteilungsprinzips im Grundgesetz. .	162
b) Gewaltenteilung als Gewaltenverantwortung .....	164
c) Gewaltenteilung und Föderalismus. ....	165
d) Entwicklungstendenzen. ....	167
e) Der neue Art. 23 GG. ....	168
f) Resümée .....	170
3. Die gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung als supranationale Modifikation des Gewaltenteilungsprinzips ..	172
a) Die gemeinschaftsspezifische Funktionenordnung. ....	173
aa) Die Gewaltenbalance zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten .....	174
bb) Der föderative Ansatz der gemeinschafts- spezifischen Funktionenordnung. ....	175
b) Der Grundsatz des „institutionellen Gleichgewichts“ als Leerformel .....	177
aa) Rechtsprechungsüberblick .....	179
bb) Die Überlagerung des Grundsatzes des „institutionellen Gleichgewichts“ durch die mitgliedstaatliche Rückbindung der Gemeinschaft .....	181
c) Integrationsprinzip und Föderativprinzip als bipolare Elemente der europäischen Funktionenteilung und Zuständigkeitsordnung. ....	183
4. Die Kompetenzverteilung in der Europäischen Union als Ausdruck föderativ geprägter Gewaltenverantwortung. .	186
a) Das Subsidiaritätsprinzip als Ausdruck föderal abgestufter Gewaltenverantwortung .....	186
b) Die organisationsrechtliche Verankerung des Dualismus von Föderativ- und Integrationsprinzip im Gemeinschaftsrecht .....	188

§ 6. Die Stellung der Verwaltung in der europäisch integrierten Bundesrepublik .....	191
1. Gegenwärtige Entwicklungstendenzen .....	192
2. Die Verwaltung im Grundgesetz .....	194
a) Die Schwierigkeit einer exakten Konkretisierung von „Verwaltung“ .....	194
b) Verwaltung als Komplementärfunktion zur Gesetzgebung? ....	195
c) Die Diskussion um die Verwaltung als eigenständige Staatsgewalt .....	197
aa) Arnold Köttgen .....	198
bb) Hans Peters .....	199
cc) Ernst Forsthoff .....	200
dd) Werner Weber .....	201
3. Die Stellung des parlamentarischen Gesetzgebers und die Geltungskraft des Gesetzes als verfassungsrechtliche Determinanten der „Eigenständigkeit“ der Verwaltung ....	202
a) Bestandsaufnahme: „Entparlamentarisierung“ des Rechts in der Bundesrepublik? .....	202
aa) Der Pluralismus gesellschaftlicher Wertvorstellungen .....	202
bb) Die Bundesrepublik Deutschland als „Verbändestaat“ .....	205
cc) Technizität und Komplexität regelungsbedürftiger Materien .....	206
dd) Das sog. kooperative Verwaltungshandeln .....	208
b) Folgen dieser Entwicklung .....	209
4. Verwaltung und Judikative .....	211
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	211
b) Entwicklungslinien .....	213
c) Neue Entwicklungen .....	215
5. Die Europäische Gemeinschaft als gouvernementale Verwaltungs- und Politikgemeinschaft .....	217
a) Der Zusammenhang zwischen mitgliedstaatlicher Rückbindung und gouvernementaler Ausgestaltung der Gemeinschaft .....	218
b) Der exekutivisch-gouvernementale Charakter gemeinschaftsrechtlicher Normsetzung .....	220
c) Der Aspekt der Adäquanz von Inhalt und Form .....	222
d) Die Technizität des Gemeinschaftsrechts .....	222
6. Die Verwaltungsfunktion im Prozeß der Europäischen Integration .....	224
a) Strukturelle Angleichungsnotwendigkeiten .....	225

b) Die europäische Integration als Prozeß der Stärkung der Verwaltung .....	227
c) Kompetenzverschiebungen vom Parlament zur Regierung als Folge der europäischen Integration .....	229
7. Resümée .....	232
§ 7. Mitgliedstaatliches Gesetzmäßigkeitsprinzip und gemein- schaftsrechtliches Rechtmäßigkeitsprinzip .....	235
1. Das Gesetzmäßigkeitsprinzip im deutschen Recht .....	235
a) Der Vorrang des Gesetzes .....	236
b) Der Vorbehalt des Gesetzes .....	239
aa) Historische Wurzeln .....	239
bb) Die aktuelle Bedeutung des Grundsatzes .....	241
cc) Die Wesentlichkeitstheorie des Bundes- verfassungsgerichts .....	242
2. Das gemeinschaftsrechtliche Rechtmäßigkeitsprinzip .....	244
a) Das Prinzip begrenzter Einzelermächtigung als Grundlage und Grenze gemeinschaftlichen Handelns .....	246
b) Die gemeinschaftsspezifischen Ausprägungen der Grund- sätze des Vorrangs und des Vorbehalts des Gesetzes .....	249
aa) Der Vorrang des höherrangigen Rechts im Gemeinschaftsrecht .....	249
bb) Der Vertragsvorbehalt im Gemeinschaftsrecht .....	251
3. Die Verzahnung von Gemeinschaftsrecht und mitglied- staatlichem Recht im Hinblick auf den Vorrang des Gemeinschaftsrechts und den gemeinschaftsrechtlichen Vertragsvorbehalt .....	252
a) Das Rechtsstaatsprinzip als den Integrationsgesetzgeber bindendes Strukturprinzip des Grundgesetzes .....	254
aa) Die Anforderungen von Art. 79 Abs. 3 GG .....	255
bb) Bindungen des Integrationsgesetzgebers .....	256
b) Der Anwendungsvorrang des Gemeinschaftsrechts als Modifikation des mitgliedstaatlichen Gesetzesvorrangs .....	258
aa) Anwendungsvorrang und Vorrang des Gesetzes .....	259
bb) Grenzen des Anwendungsvorrangs .....	261
cc) Die Unwahrscheinlichkeit von Kollisionsfällen .....	262
c) Insbesondere der Anwendungsvorrang des Gemein- schaftsrechts im mitgliedstaatlichen Vollzug .....	265
aa) Der Verwaltungsvollzug .....	265
bb) Gerichtlicher Rechtsschutz .....	267
d) Mitgliedstaatlicher Gesetzesvorbehalt und gemeinschafts- rechtlicher Vorbehalt der vertraglichen Ermächtigung .....	269



aa) Vertragsvorbehalt und Gesetzesvorbehalt beim direkten Verwaltungsvollzug .....	272
bb) Der indirekte Verwaltungsvollzug .....	273
(1) Der unmittelbare indirekte Vollzug .....	273
(2) Der mittelbare indirekte Vollzug .....	274
(3) Die Problemfälle der unmittelbaren Wirkung von Richtlinien und der richtlinienkonformen Auslegung ....	275
4. Folgerungen .....	276
a) Die Anforderungen des Bestimmtheitsgrundsatzes .....	276
b) Gesetzesvorbehalt und Amalgamierung von Legislativ- und Exekutivfunktion auf Gemeinschaftsebene. ....	277
c) Die Komplementarität von Gesetzes- und Vertragsvorbehalt ...	277

### Dritter Teil

#### Die Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung

§ 8. Wirtschaftsgestaltung in ausgewählten Sektoren .....	281
1. Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsaufsicht als Wirtschaftsgestaltung .....	281
a) Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsaufsicht .....	281
b) Wirtschaftsgestaltung .....	284
2. Die Reduzierung mitgliedstaatlicher Gestaltungsspielräume aufgrund der Prädominanz des Gemeinschaftsrechts in ausgewählten Sektoren der Wirtschaftsverwaltung .....	288
a) Die Verschränkungen des nationalen und europäischen Wettbewerbsrechts .....	288
aa) Das Gemeinschaftsrecht als Schranke mitgliedstaatlicher Gestaltungsfreiheit im Bereich des Wettbewerbsrechts. ....	290
bb) Das Verhältnis des deutschen Wettbewerbsrechts zum europäischen Wettbewerbsrecht. ....	292
(1) Der Vorrang des Gemeinschaftsrechts .....	292
(2) Anwendbarkeitsgrenze für das mitgliedstaatliche Recht. ....	293
cc) Konfliktkonstellation zwischen mitgliedstaatlichem Recht und Gemeinschaftsrecht .....	295
(1) Gemeinschaftsrechtlich unzulässige, aber mitgliedstaatlich zulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....	296
(2) Gemeinschaftsrechtlich erlaubte, aber mitgliedstaatlich unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen .....	299
dd) Mitgliedstaatliche Gestaltungsfreiheit im Wettbewerbsrecht vor dem Hintergrund der Vorgaben des Gemeinschaftsrechts	303

(1) Einschränkungen des mitgliedstaatlichen Gesetzgebers . . . . .	303
(2) Bindungen der mitgliedstaatlichen Wettbe- werbsbehörden . . . . .	307
(a) Fallbeispiel . . . . .	308
(b) Konsequenzen für mitgliedstaatliche behördliche Entscheidungen . . . . .	310
ee) Integration durch verfahrensrechtliche Verzahnung . . . . .	312
b) Die Einschränkungen der subventionsgewährenden Wirtschaftsgestaltungsbefugnis der Mitgliedstaaten durch das Beihilfenaufsichtsregime des Gemeinschaftsrechts . . . . .	314
aa) Die Direktiven des Gemeinschaftsrechts . . . . .	316
bb) Die wettbewerbsrechtliche und soziale Dimension der Beihilfevorschriften . . . . .	318
cc) Kompetenzverlagerungen . . . . .	320
c) Telekommunikationsrecht unter den Bedingungen des Binnenmarktes . . . . .	321
aa) Die Postreform in der Bundesrepublik 1989 . . . . .	323
bb) Die Postreform II . . . . .	325
cc) Gestaltungs- und Regulierungsbefugnisse der Exekutive nach der Postreform unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts . . . . .	327
(1) Die Verleihung nach § 2 FAG . . . . .	328
(a) § 2 FAG unter den Prämissen des früheren umfassenden Postmonopols . . . . .	329
(b) Vorgaben für die Ermessensentscheidung nach § 2 FAG unter der Geltung des PostVerfG und nach der Postreform II. . . . .	330
(aa) Maßstäbe der Ermessensausübung . . . . .	331
(bb) Präventives Verbot mit Erlaubnis- vorbehalt? . . . . .	333
(cc) Der wirtschaftsgestaltende Gehalt der Vorschrift . . . . .	334
(dd) Fazit. . . . .	335
(ee) Weitere gemeinschaftsrechtliche Bindungen . . . . .	335
(2) § 1 a Abs. 2 FAG. . . . .	336
(a) Regelungsinhalt. . . . .	336
(b) Deregulierung und soziales Staatsziel. . . . .	338
d) Mitgliedstaatliche Gestaltungsfreiheit im Binnenmarkt für Verkehr, dargestellt am Beispiel des Güterkraftverkehrs . . . . .	340
aa) Bisherige Rechtslage . . . . .	340
bb) Die Einwirkungen des Gemeinschaftsrechts. . . . .	342

cc) Konsequenzen der gemeinschaftsrechtlichen Vorgaben für die mitgliedstaatliche Verwaltung .....	345
e) Das deutsche Energiewirtschaftsrecht vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes für Energie. ....	347
aa) Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben .....	349
bb) Das deutsche Energiewirtschaftsrecht in einem Europäischen Binnenmarkt für Energie .....	353
(1) Die Preisaufsicht nach dem EnWG vor dem Hintergrund des Gemeinschaftsrechts .....	353
(a) Der konzeptionelle Hintergrund der Preisaufsicht .....	354
(b) Gemeinschaftsrechtliche Vorgaben .....	354
(c) Insbesondere die Ausrichtung auf die Verwirklichung von Wettbewerb .....	355
(d) Änderung der Aufsichtsmaßstäbe des deutschen Rechts? .....	357
(2) Die Investitionskontrolle nach § 4 EnWG und das Gemeinschaftsrecht .....	358
(a) Die gemeinschaftsrechtliche Zulässigkeit vorgängiger Kontrolle unternehmerischer Entscheidungen .....	359
(b) Wettbewerb als Entscheidungsbelang der Investitionskontrolle .....	360
 § 9. Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland und Europa .....	363
1. Legislatives Ermessen in Deutschland und Europa .....	363
a) Das legislative Ermessen in Deutschland unter den Bedingungen des Gemeinschaftsrechts .....	363
aa) Die Offenheit des Grundgesetzes für gemeinschaftsrechtlich bedingte Anpassungen .....	364
bb) Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. ....	365
cc) Gemeinschaftsrechtlich bedingte Neuakzentuierungen. ....	367
dd) Legislativer Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung von Richtlinien .....	368
b) Legislative Gestaltungsfreiheit im Gemeinschaftsrecht. ....	370
aa) Der Rechtsprechungsauftrag des EuGH. ....	370
bb) Gemeinschaftsrechtliche Bindungen .....	371
2. Gestaltungsfreiheit der Verwaltung und gerichtliche Überprüfungsichte in Deutschland und Europa .....	373
a) Deutschland .....	373
aa) Die eigenständige Gestaltungsbefugnis der Verwaltung .....	373

bb) Exekutive Gestaltungsbefugnis und gerichtlicher Rechtsschutz. ....	374
cc) Entwicklungstendenzen. ....	375
dd) Neuere Entscheidungen. ....	379
ee) Fazit. ....	381
b) Das Gemeinschaftsrecht. ....	384
c) Strukturelle Übereinstimmungen und Divergenzen zwischen mitgliedstaatlicher und gemeinschaftsrechtlicher exekutiver Gestaltungsfreiheit. ....	386
aa) „Ermessensmißbrauch“ im Gemeinschaftsrecht. ....	387
bb) Die Rechtsprechung des EuGH im einzelnen. ....	388
cc) Leitlinien der Rechtsprechung des EuGH. ....	390
3. Die deutsche Ermessenslehre vor dem Hintergrund der europäischen Rechtsvereinheitlichung. ....	391
a) Rechtshomogenisierung als immanente Gesetzlichkeit der europäischen Integration. ....	394
aa) Kritik. ....	395
bb) Die Einseitigkeit der Kritik. ....	396
cc) Das Gebot struktureller Angleichung für die deutsche Lehre vom Verwaltungsermessen und den administrativen Beurteilungsspielräumen. ....	397
b) Determinanten einer einheitlichen Ermessenslehre in Deutschland und Europa. ....	399
aa) Verwaltung als eigenständige Staats- und Gemeinschaftsgewalt. ....	399
bb) Das Verhältnis von Exekutive und Judikative. ....	401
(1) Die Sicherung originärer Verwaltungsverantwortung. ....	401
(2) Gerichtsgeprägte Gewaltenteilung? ....	403
(3) Folgerungen. ....	404
cc) Die Einräumung von Ermessen und die Anerkennung administrativer Beurteilungsspielräume in Deutschland und Europa. ....	405
(1) Ermessen. ....	406
(2) Administrative Beurteilungs- und Gestaltungsspielräume. ....	407
(3) Ansätze zur Angleichung administrativer Beurteilungs- und Gestaltungsspielräume in Deutschland. ....	407
(a) Der Aspekt adäquater Funktionsverteilung. ....	408
(b) Leitlinien künftiger Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen durch die Gerichte. ....	410

(aa) Höchstpersönlichkeit und Komplexität von Entscheidungen .....	410
(bb) Auslegung unbestimmter Rechtsbegriffe.....	411
(cc) Angleichung der gerichtlichen Über- prüfung auf Tatbestands- und Rechts- folgende Seite .....	411
(dd) Fazit .....	413
§ 10. Zusammenfassung und Ausblick.....	415
1. Die veränderten Rahmenbedingungen des Gestaltungsauftrages der Verwaltung .....	415
2. Ausblick.....	432
Literaturverzeichnis .....	435
Stichwortverzeichnis.....	463